

# Senat verschleudert Rundfunkstandort Nalepastraße



**Der rot-rote Senat trage ein gehöriges Maß an Mitverantwortung für das Fiasko rund um den**

**Verkauf des ehemaligen DDR-Rundfunkgeländes an der Nalepastraße, so Michael Braun, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion.**

Er habe von Anfang an kein Interesse daran gehabt, diesen für die Stadt wichtigen

Standort zu einem modernen Medienstandort zu entwickeln. Das Gebäude habe nicht nur eine wichtige Bedeutung für den Rundfunk, sondern auch eine große für die Architektur der beginnenden 50er Jahre. Der Standort liege direkt an der Spree in unmittelbarem Bereich zum Entwicklungsgebiet Rummelsburg und zum Medienstandort am Osthafen (MTV, Universal). „Stattdessen wurde das fast 14 Hektar große Gelände zum Schleuderpreis von

350.000 Euro veräußert, ohne dass der Wert ordnungsgemäß ermittelt, der Denkmalschutz gesichert und das politische Ziel ihn als Medienstandort beizubehalten, vertraglich richtig fixiert wurde“, kritisierte Braun. „Der Erwerber war eine – gelinde ausgedrückt – Gesellschaft, die keine Erfahrung in der Entwicklung derartiger Gelände hat. Kurioserweise wurden die Betriebskosten vom Land Berlin und den anderen beteiligten Bundesländern

auch nach der Veräußerung weitergetragen.“ Mit diesem Grundstücksgeschäft sei deutlich geworden, dass der Senat nicht in der Lage sei, das im Zentrum von Berlin gelegene Gebiet ordnungsgemäß zu entwickeln oder zu einem angemessenen Preis zu veräußern. Der Gesamtvorgang lasse Zweifel aufkommen, ob der Senat über ein ausreichendes Beteiligungsmanagement und -Controlling verfüge und ob er auch bei anderen Vermögens-

geschäften (zum Beispiel bei der Veräußerung von Wohnungsbaugesellschaften) sich nicht hat über den Tisch ziehen lassen. Das am Beispiel Nalepastraße gezeigte Dilettantentum lasse Böses ahnen. Nur ein Teil des Grundstückes sei zum 11-fachen Preis veräußert worden. Die CDU-Fraktion fordert eine Überprüfung durch den Landesrechnungshof. Darüber hinaus erwarte man einen weiteren Bericht gegenüber dem Parlament.

# Höhere Fahrpreise - Rot-Rot setzt auf Prinzip Hoffnung



**Bei den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) ist ein neues Finanzloch bekannt geworden.**

Das Unternehmen plant nun Fahrpreiserhöhungen. Kreise der Berliner SPD plädieren ebenfalls dafür. „Die BVG wird trotz weiterer Fahrpreiserhöhungen ihre Gesamtverschuldung in Höhe von derzeit ca. 0,8 Mrd. € auf 1,2 Mrd. € im Jahr 2010 kontinuierlich erhöhen“, erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU-Fraktion und das Mitglied im CDU-Regierungsteam für den Bereich

Finanzen, Alexander Kaczmarek. Der CDU-Politiker: „Hätte die BVG nicht ihren Wohnungsbestand veräußert, hätte sie bereits 2005 einen Verlust von etwa 60 Mio. € und einen Schuldenstand von 1,1 Mrd. € ausweisen müssen. Auf jeden Fall werden die Erträge aus den Wohnungsverkäufen bis 2010 im Schuldenloch verschwunden sein, ohne das strukturelle Problem nur ansatzweise gelöst zu haben. Stattdessen hat der Senat entschieden, dass die BVG aus dem Wettbewerb herausgenommen wird und sich auf ihren Heimatmarkt Berlin beschränken muss. Sie hätte aber das Zeug zum bundesweit erfolgreichen ÖPNV-

Dienstleister. Das Know-how der Mitarbeiter und

Regionen Deutschlands genutzt werden Eine immer



die enorme Erfahrung des Gesamtunternehmens in der Gestaltung von ÖPNV könnten auch in anderen

noch vorhandene Schwäche der BVG ist auch der übergroße Verwaltungsapparat. Die BVG muss

schlanker und kundenorientierter werden; sie sollte sich auf ihre Kernkompetenz besinnen. Offenbar ist Sarrazin als Chef des Aufsichtsrats bisher nicht in der Lage gewesen, die strukturellen Verkrustungen aufzubrechen und den notwendigen Sanierungsplan durchzusetzen. Statt die Zügel in die Hand zu nehmen, setzt er auf das Prinzip Hoffnung.“

# Erneute Mauer am Checkpoint Charlie

**Am Checkpoint Charlie steht, nachdem die Mauerkreuze abgeräumt wurden, wieder eine Mauer.** Allerdings ist sie nur aus Holz und soll auch nur ein Provisorium sein. Kultursenator Flierl, Mitglied der SED-Nachfolgepartei, enthüllte diese sogenannten „Informationstafeln“, die über die Geschichte der Teilung Berlins und der Berliner Mauer informieren sollen. Die aus der Sicht der JU Berlin verharmlosende Darstellung der Mauer ist dem Gedenken und der Erinnerung nicht gerecht. 1067 Menschen wurden



an der Mauer getötet. Die Eröffnung dieser Galerie wand zur Erinnerung an die deutsche Teilung stellt einen weiteren Versuch der

PDS dar, das Unrecht der DDR-Diktatur zu verharmlosen und zu relativieren. Die SED-Nachfolgepartei bemüht sich weiterhin ih-

rer historischen Verantwortung zu entziehen.

Doch die JU Berlin protestierte gemeinsam mit den Opferverbänden gegen die schlichte und „neutrale“ Bildergalerie. Sie wird den wahren Geschehnissen zur Zeit der deutschen Teilung auch nicht nur annähernd gerecht, so der JU-Landesvorsitzende Sven Rissmann. Stattdessen wird dem Betrachter ein linksideologisch eingefärbtes Geschichtsbild serviert. Eine derartige Darbietung ist für jeden geschichtsbewussten Mitbürger nicht akzeptabel.

**SICHERHEIT DURCH KOMPETENZ**

**SAFETY**

OBJEKTSCHUTZ  
REWEKONTROLLE  
VERANSTALTUNGSDIENST  
ALARMZENTRALE  
ALARMVERFOLGUNG  
ARBEITSSICHERHEIT

KURIERDIENST  
GLAS- UND  
GEBÄUDEREINIGUNG  
ERRICHTUNG VON  
SICHERUNGS- UND  
RAUMSCHUTZANLAGEN

Safety Unternehmensschutz GmbH  
Stroblinger Allee 35 10945 Berlin  
Tel.: 030 - 29 33 94-0 • Fax: 030 - 29 33 94-11

## IMPRESSUM

HERAUSGEBER UND VERLAG  
verantwortlich für Inhalt und Bildrechte, sofern nicht gesondert ausgewiesen:  
Berliner Presse- und Informationsdienste  
Verlags- und Verlagsgesellschaft mbH (bpi),  
Neue Grünstraße 26 • 10179 Berlin  
Tel.: 030 - 20 64 16 - 0 • Fax: 030 - 20 64 16 - 66

REDAKTIONSLEITUNG: Frank Henkel  
CHEFREDAKTEUR: REDAKTION  
Dirk Reitze Stefan Sukale  
Ada Wendel

BILDNACHWEIS  
VON OBEN LINKS NACH UNTEN RECHTS  
S.1: 2x Reitze; Kruppa; Reitze; Mey; S.2: Lüders;  
Privat; Mey; S.3: Reitze; S.4: Kruppa; S.5: Lüders;  
Thiedemann; 2x Reitze; S.6: 4x Reitze; Lüders;  
Thiedemann; S.7: 2x Lüders; Reitze; Privat; S.8:  
Reitze; Mey

ANZEIGEN  
Alexander Göbel

BANKVERBINDUNG  
Deutsche Bank, Kto.: 107 117 400  
BLZ 100 700 00

DRUCK  
Druckerei Velters, Radeburg  
Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung  
übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge  
geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.